Potsdams]andere[Seiten

Die Linke ◄ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

November 2013 Nr. 11 · 9. Jahrgang

Erst im Dezember in die Haeckelstraße

Landeshauptstadt hat Zeit-Probleme mit Flüchtlingsunterbringung/Frankfurt/Oder hilft



Potsdam verfügt über zwei Übergangseinrichtungen für Flüchtlinge mit einer Gesamtkapazität von 193 Personen. Beide Einrichtungen sind gegenwärtig voll belegt, weitere mehr als 100 Flüchtlinge sind in Wohnungen untergebracht. Die Suche nach neuen Objekten gestaltet sich angesichts der Bedingungen einer wachsenden Stadt mit einem knappen Angebot an preiswerten Wohnungen sehr kompliziert.

Die Landeshauptstadt schaffte es daher auch nicht, die vom Land geforderten Plätze für Flüchtlinge zum Stichtag bereitzustellen. Potsdam sollte am 15.Oktober und weiter am 15. November und 15. Dezember Wohnraum für jeweils 28 Menschen in Not vorweisen. Laut Zeitplan der Stadt können die Asylbewerber, die derzeit im zentralen und überfüllten Aufnahmelager in Eisenhüttenstadt leben, aber erst im Dezember in die für sie reservierten Wohnungen in der Haeckelstraße in Potsdam-West ziehen. Die Quartiere müssten noch hergerichtet und ein Träger gefunden werden. Kurzfristige Hilfe kommt aus Frankfurt/Oder. Die kreisfreie Stadt wird bis Ende 2014 für 20 Flüchtlinge Quartier bereit stellen.

Insgesamt werden nun in der Haeckelstraße 20 Wohnungen für Flüchtlinge vorbereitet: Drei-, Zwei- und Einraumwohnungen. Sie befinden sich im Block mit den Aufgängen 51 bis 59 und im Block 42 bis 50. Die Häuser in der Haeckelstraße sollten schon seit Jahren saniert sein, wurden aber wegen anderer Bauvorhaben zurückgestellt. Die Wohnungen stehen für zwei Jahre zur Verfügung.

(Mehr auf Seiten 6 und 7)

Auf ein Wort: Daniel Zeller zur Arbeit im Stadtteilnetzwerk

Neues StadtTeil-Haus für Potsdam West – „Scholle 34“



Das Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, ein attraktives, abwechslungsreiches und kreatives bürgerschaftliches und nachbarschaftliches Miteinander im Kiez zu befördern und erhält auch die Unterstützung der Landeshauptsstadt. Der Verein kooperiert mit lokalen Bildungseinrichtungen und versucht, Verbindungen zu vielen Vereinen, Initiativen und Einzelpersonen aufzubauen. An verschiedenen Orten im öffentlichen Raum organisiert das Netzwerk Anlässe der Begegnung für alle Generationen. Beispielhaft dafür sind zahlreiche Sport- und Kulturveranstaltungen auf der WESTKURVE (der Spiel- und Freizeitanlage an der Hans-Sachs-Straße), der lebendige Adventskalender in der Brandenburger Vorstadt, der Nikolausmarkt auf dem Dr. Rudolf-Tschäpe-Platz und der Ostermarkt in der Stadtheide. Im August 2011 fand erstmals der PLATTENSPIELER – ein Breakdance-Battle mit Kiezfest auf dem asphaltierten Platz an der Haeckelstraße – die PLATTE genannt – statt. Weitere Begegnungsorte sind die „SCHOLLE 51“, die „SCHAUE BUDE“ und der „BRÜCKENBOGEN 5“. Das Stadtteilnetzwerk erscheint also gut aufgestellt. Wenn da nicht das Problem des notwendigen Auszugs aus der „SCHOLLE 51“ wäre. Doch eigentlich ist das kein Problem mehr, seit sich abgezeichnet hat, dass in der Geschwister-Scholl-Straße 34 ein wesentlich effektiveres Haus auf seine zukünftige Nutzung als StadtTeilHaus „SCHOLLE 34“ wartet. Netzwerk-Geschäftsführer Daniel Zeller (FOTO) informierte die Gesamtmitgliederversammlung des OV Potsdam-West: „Wir wollen dort einen generationsübergreifenden Begegnungsort in Potsdam-West mit vielfältigen sozialen und kulturellen Angeboten unter einem Dach schaffen.“ Und das Stadtteilnetzwerk wird dort seinen Sitz bekommen.

(Mehr auf Seite 6)

In dieser Ausgabe

LINKS INFORMIERT:

3 Landesparteitag verabschiedete „Leitbildentwurf 2020 plus“/Auf Wahljahr 2014 eingestimmt

LINKS IM RATHAUS:

5 Tagung der Stadtverordneten am 6. November im Blick/Integrationspreis 2014

POTSDAM-WEST/WESTLICHE ORTSTEILE:

6-8 „Neue Nachbarschaften“ in der Haeckelstraße/Ronny Besancon und Hella Drohla zur Flüchtlingsfrage/Bauvorhaben in Eiche/Wie weiter mit dem Kino „Charlott“?

AUS ORTSVERBÄNDEN:

10 OV Potsdam-West tagte/OB Jakobs zu Gast in den Ortsteilen

ANTIFA:

11 Gedenken an den 9. November 1938/Immanenter Antikommunismus

SERVICE

12 Dauerausstellung „Potsdam. Eine Stadt macht Geschichte“ im Potsdam-Museum eröffnet/Tipps & Termine/Rätsel

Informationen der Redaktion

Die Dezemberausgabe der „PaS“ erscheint am 3. Dezember 2013. Redaktionssitzung ist am 5. November, 16.30 Uhr, in der Dortustraße, Redaktionsschluss am 18.11.2013. Schwerpunkt für die Dezemberausgabe ist Waldstadt/Schlaatz.

Kommentiert

Wahlversprechen einlösen

Der neue Bundestag hatte sich noch nicht versammelt, da preschte DIE LINKE schon vor mit dem Selbstvertrauen als drittstärkste Fraktion: Mit ihrem Vorstoß für ein Mindestlohngesetz zwingt sie einerseits SPD und GRÜNE, Farbe zu bekennen. Beide Parteien befürworten wie die LINKE die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns, bei der SPD war dies eine zentrale Wahlkampfforderung.
Der Zeitpunkt war ohne Zweifel von der LINKEN klug gewählt, weil sich der Bundestag im Oktober in einer Art Schwebezustand befand und keine Partei Koalitionsrücksichten nehmen musste. So waren SPD, Grüne und LINKE frei, ihre Mehrheit im Parlament zu nutzen, zumindest für eine erste Lesung des Gesetzes, und vielleicht sogar noch für eine Verabschiedung. Aber das funktioniert nur, wenn SPD und GRÜNE mitziehen. Mit welcher Begründung sollte sie einem solchen Gesetz nun nicht zustimmen? Weil es von der LINKEN kommt? Rot-grün nennt den linken Vorstoß ein taktisches Spielchen. Mag sein. Aber das ist das Recht der Opposition, und manchmal entwickelt sich daraus kreative Politik - wie einst in Hessen, als Rot-Rot-Grün in einer ähnlichen Situation die Studiengebühren abgeschafft hat.
Wo bitteschön ist denn das Problem?
- Parteispendenregelung: Wäre sofort mit den LINKEN umsetzbar!
- Mindestlohn: Wäre sofort zusammen mit den LINKEN durchsetzbar!
- Gleiches Geld für gleiche Arbeit: Wäre sofort mit den LINKEN umsetzbar!
- Millionärssteuer: Wäre sofort zusammen mit den LINKEN durchsetzbar!
- Die Herdprämie wäre auch sofort mit den LINKEN wieder abzuschaffen!
Dafür braucht man gar nicht unterwürfig bei Merkel herumbetteln, ob sie das in den Koalitionsvertrag hineinschreibt, sondern man könnte direkt Tatsachen schaffen. Die Mehrheiten dafür sind vorhanden. Im Bundestag, wie auch in der Bevölkerung.
Und LINKE-Vorsitzender Bernd Riexinger legt nach: „Auch zum Thema Rentengerechtigkeit wäre ein Gesetzesantrag von uns denkbar. Dieses Thema hatten SPD und GRÜNE ebenfalls im Wahlkampf nach vorn geschoben. Wir dürfen uns aber nicht verzetteln. Wir testen jetzt, ob SPD und GRÜNE zu ihren Wahlversprechen stehen. Wenn ja, dann können wir weiter sehen. Wenn nein, dann haben sie sich vor aller Welt als Wahlbetrüger enttarnt.“ Dem ist nichts hinzu zu fügen.

Michael Berthold



Fünf Initiativen für mehr Gerechtigkeit und soziale Sicherheit

Unmittelbar nach der Konstituierung des Bundestages werden wir parlamentarische Initiativen einbringen, die den Mehrheitswillen der Bevölkerung abbilden und sowohl von der SPD als auch den GRÜNEN und uns im Wahlkampf gleichermaßen gefordert wurden. Zu diesem Zeitpunkt ist keine Partei an einen Koalitionsvertrag gebunden. Die Mehrheit von SPD, GRÜNEN und uns im Bundestag muss genutzt werden, um zu beginnen, den Gerechtigkeitsstau aufzulösen.

Es darf nicht sein, dass eine monatelange Regierungsbildung den Bundestag und damit auch das Land quasi lahmlegt. Wir wollen eine Stunde des Parlaments begründen, um mehr Gerechtigkeit und soziale Sicherheit zu erreichen.

Es geht uns um

1. Die Einführung eines **flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns** zum 1. Januar 2014.
2. Die **Abschaffung des Betreuungsgeldes,** um die dafür im Haushalt eingestellten Mittel in den **Ausbau der Kita-Infrastruktur** umzuleiten.
3. Die vollständige rechtliche **Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften** mit der Ehe.
4. Die **Abschaffung** der Möglichkeit zu **sachgrundlosen Befristungen von Arbeitsverträgen.**
5. Wir fordern die **Abschaffung der Abschläge bei der Erwerbsminderungsrente**

IMPRESSUM
„Potsdams andere Seiten“
Die Linke ◄ Monatszeitung
für die Landeshauptstadt.
HERAUSGEBER: Kreisvorstand DIE LINKE. Potsdam; ***Sascha Krämer,*** Vorsitzender. Dortustraße 53, 14467 Potsdam.
REDAKTION: medien**punkt** potsdam; Hessestraße 5, 14469 Potsdam ***Bernd Martin*** (V.i.S.d.P.); ***Rainer Dyk,*** Redakteur; ***H. Jo. Eggstein,*** Layout; ***Jens Hörnig,*** Reisen, Service; ***Renate Frenz,*** Redaktionssekretariat; Tel.: 0331/ 20 01 89-70; Fax: -71; email: pas.redaktion@ gmx.net;
ANZEIGEN: Sekretariat.
BANKVERBINDUNG: Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kto-Nr. 3508020699; BLZ: 160 500 00
„PaS“ erscheint monatlich für 12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion. Veröffentlichungen, die nicht ausdrücklich als Stellungnahme des Kreisvorstandes und/oder der Redaktion gekennzeichnet sind, stellen die persönliche Meinung des/der AutorIn dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte bzw. Fotos kann keine Haftung übernommen werden. Für die Veröffentlichung von Leserpost behält sich die Redaktion das Recht sinnwahrender Kürzungen vor.
BILDAUTOREN: Redaktion, Archiv, Bergmann (2)
DRUCK: Nordost-Druck GmbH Neubrandenburg.

Politikwechsel: Sozial, gerecht, machbar – mit der LINKEN

DIE LINKE im Parlament wird Ideenwerkstatt für den sozialen Fortschritt und Motor für einen Politikwechsel sein. Unsere Partei wird in der kommenden Wahlperiode zehn konkrete Kernziele eines Politikwechsels in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellen und dafür politische Einstiegsprojekte definieren, die unsere neue Fraktion in den ersten Monaten auf die politische Tagesordnung setzen wird.

Als parlamentarische Initiativen in den ersten hundert Tagen werden wir in den Bundestag einbringen:

1.) Wir wollen einen kategorischen Gewaltverzicht in der deutschen Außenpolitik verankern und das Geschäft mit dem Tod ächten.

2.) Wir wollen den Niedriglohnsektor abbauen und das Reallohnniveau erhöhen.

3.) Wir wollen Altersarmut abbauen und das Rentenniveau erhöhen.

4.) Wir wollen die Lohn- und Renteneinheit vollenden.

5.) Wir wollen eine Gerechtigkeitswende im Steuersystem.

6.) Wir wollen ein Land ohne Armut.

7.) Wir wollen ernsthafte Schritte zur Überwindung der Zwei-Klassen-Medizin gehen.

8.) Wir wollen mehr Demokratie und Teilhabe und stärken die Persönlichkeitsrechte der Menschen.

9.) Wir wollen bezahlbare Wohnungen und eine Energiewende mit Sozialsiegel.

10.) Wir wollen, dass Deutschland zum Motor einer sozialen und demokratischen Wende in Europa wird.

Hinter jedem einzelnen Punkt stehen detailliert ausgearbeitete Strategien, wie diese Ziele erreicht werden sollen. Und diese werden allesamt in den kommenden 100 Tagen im Bundestag eingebracht und zur Abstimmung vorgelegt - egal ob bis dahin eine Regierungskoalition existiert oder nicht. Und man darf sehr gespannt auf das Verhalten von SPD und GRÜNEN sein, ob sie sich bei den Abstimmungen an ihr Wahlprogramm erinnern - oder doch wieder traditionell ihre eigenen Wähler auslachen. Mit diesen Einstiegsprojekten geben wir die Richtung vor, in die wir das Land verändern wollen. Wir beginnen mit diesen Schritten - aber dabei kann es nicht bleiben. DIE LINKE steht für eine Alternative.

Die Fraktion DIE LINKE wird darüber hinaus auf eine schnelle Ausschussbildung dringen, damit der Bundestag auch ohne Koalitionsbildung arbeitsfähig wird. Zur Sicherung der Oppositionsrechte wird DIE LINKE umgehend Änderungsanträge zur Geschäftsordnung des Bundestages in diesen einbringen.

(gek./ausführlich: www.linksfraktion.de)

„Wir verändern: Gerecht, solidarisch und mit Verantwortung für die Zukunft“

Landesparteitag stimmt mit „Leitbild 2020 plus“ auf Zukunftsgestaltung des Landes ein



Am 19. Oktober trafen sich 125 Delegierte zur 3. Tagung des 3. Landesparteitags in Eberswalde. Aus der Wahlauswertung leiteten sie bevorstehende Aufgaben im Land Brandenburg und darüber hinaus ab. Der Parteivorsitzende Bernd Riexinger stellte eine Oppositionsarbeit im Bundestag in Aussicht, die klar zeigen werde, wofür DIE LINKE stehe. Statt privaten Reichtums brauche Deutschland einen öffentlichen Reichtum, der die Daseinsvorsorge für die Bevölkerung sichere. Statt für die Banken müsse man in Europa sehr viel mehr für die Jugend tun. Die Teilnehmer bilanzierten Erfolge und Grenzen der Regierungsbeteiligung im Land und verabschiedeten einen „Leitbildentwurf 2020 plus“. Nach intensiver Debatte wurde mit knapper Mehrheit ein Antrag beschlossen, der Anforderungen an Kandidaten für die Landtagswahlen formuliert. Abschließend verabschiedeten sie nahezu einstimmig einen Initiativantrag für einen menschenwürdigen Umgang mit Flüchtlingen in Brandenburg.

Brandenburger zur Debatte über sozial-ökologischen Umbau eingeladen

Als „Gerecht - Solidarisch – Nachhaltig“ beschreibt der Leitantrag an die 3. Tagung des Landesparteitages die Perspektiven, die die Partei DIE LINKE für Brandenburg aufmacht. Ihr „Leitbild 2020 plus“ schlägt in 10 Kapiteln einen Bogen von Arbeit und Wirtschaft über Bildung, demokratische Teilhabe, den Umgang mit Ressourcen und die Finanzpolitik bis hin zu Europa.

Die gemeinsame Verantwortung für die Zukunft bildet die Klammer: Eingeleitet wird das Manuskript mit dem Beitrag „Die Zukunft hat begonnen“. Er markiert die politische Wende der rot-roten Landesregierung mit Meilensteinen wie einem Brandenburg der (nicht nur berlinnahen) Regionen, einem Vergabegesetz und einer Nachhaltigkeitsstrategie. Der besondere Charakter des Energielands Brandenburg mit seinem Beitrag zu Erneuerbaren Energien wird herausgehoben. Die Einführung kündigt konkrete Politikangebote im Leitbild an, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen und einer Kultur der Vernunft näherzukommen – immer orientiert an der sozialen Frage. Es folgen politische Konzepte für die Energiewende mit dem Ausstieg aus der Braunkohle bis 2040, für verkürzte Arbeitszeiten und eine faire Bezahlung sowie das Bekenntnis zu Gemeinschaftsschulen und dem lebenslangen und globalen Lernen. Konkrete Projektideen in Kästen lockern den Text auf und laden zum genaueren Nachlesen ein, wie der Vorschlag „Energiewende in Bürgerhand – Bürger- und Kommunalgenossenschaften betreiben Wind- und Solarparks.“ oder auch der „Ausbau von Sozialtickets für Kinder und Familien. Zielgerichtete materielle und immaterielle Unterstützung von jungen Müttern (insbesondere Alleinerziehenden) für einen Ausbildungsabschluss bzw. die Aufnahme einer Berufstätigkeit“.



Pausengespräche ...

Gleichwertige Lebensverhältnisse in regionaler Vielfalt

Im gesamten Text spielt der Umgang miteinander eine große Rolle – auch unter dem Aspekt eines solidarischen Generationswechsels in vielen Lebensbereichen, einer gleichberechtigten Teilhabe von Jung und Alt, Mann und Frau. Gerechtigkeit soll ebenso in der Daseinsvorsorge in ländlichen Regionen geschaffen werden, durch gute Modelle wie die „Gemeindeschwester AGNES“, soziale Ankerpunkte und differenzierte öffentliche Verkehrskonzepte. Gleichwertige Lebensverhältnisse in regionaler Vielfalt sind erklärtes Ziel, schließen die Kooperation mit den polnischen Nachbarn als Chance ein und führen den Gedanken bis zur europäischen Sozialunion weiter. Eine neue märkische Kultur mit einem starken bürgerschaftlichen Engagement soll gefördert werden. Dazu braucht es einen soliden Finanzhaushalt, der auch weiterhin Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit mit Priorität versieht. Zahlreiche Vorschläge knüpfen an im Land bereits geleistete Weichenstellungen zugunsten der Arbeitsmarktförderung und sicheren Kommunalfinanzierung an.

Folgerichtig schließt das Programm auf Seite 72 mit dem Ausblick „Wir verändern: gerecht, solidarisch und mit Verantwortung für die Zukunft“. Die letzten Sätze laden Brandenburgerinnen und Brandenburger zur breiten Debatte über die Vorschläge für den sozial-ökologischen Umbau des Landes ein.

Erste Eindrücke von Potsdamer Delegierten

Ronny Besancon: Wir stehen als DIE LINKE.Brandenburg vor der Herausforderung, gute, idealistische Fachpolitik mit der täglichen Realpolitik durch Regierungshandeln zu verbinden. Es muss uns im nächsten Jahr gelingen, unsere Bedeutung im Land deutlicher herauszustellen und den Menschen unsere Erfolge und Vorhaben klar zu zeigen und sie „mitzunehmen“.

Alexander Frehse: Offene Worte zur Zukunft der LINKEN in Brandenburg. Jetzt hege ich die Hoffnung auf Umsetzung in der Landespolitik, um als eigenständige selbstbewusste Partei neben der SPD wahrgenommen zu werden.

Andrea Grunert: Interessante Gespräche mit Mitgliedern anderer Kreisverbände geführt. Eigene Erfolge und Forderungen müssen von uns besser „verkauft“ werden, um eine klare Abgrenzung zur SPD deutlich zu machen.

Moritz Kirchner: Wir sind in Brandenburg Volkspartei, und wir wollen weiter regieren, aber wissen noch nicht immer ganz genau, warum. Und Bernd und Christian (Riexinger und Görke – d. Red.) sind in ihren Ämtern gewachsen.

Wolfgang Preller: Bernd Riexinger hat eine sehr überzeugende Rede gehalten! Viel Pathos und wenig Konkretes, war mein Eindruck bei der Rede von Genossen Görke.

Steffen Pfrogner: Bernd Riexinger hat sich mit seiner Rede in seiner Führungsrolle behauptet und weiter qualifiziert – erfrischend und ermunternd.

Hans-Jürgen Scharfenberg: Nach der Bundestagswahl haben wir unser Leitbild für die Weiterentwicklung des Landes Brandenburg beschlossen. Das ist für mich das wichtigste Ergebnis des Parteitages und zugleich Vorbereitung für die Wahlen im kommenden Jahr.

Jana Schulze: Wir müssen eigene linke Leistungen und Forderungen offensiver in die Öffentlichkeit bringen.

Karin Schröter: Wir haben einen erfolgreichen Wahlkampf organisiert, aber neue Herausforderungen stehen mit Kommunal- und Landtagswahlen an. Deshalb muss DIE LINKE Antworten zur Verbesserung der sozialen Lage im Land geben und auf Hoffnungen und Ängste reagieren.

Anita Tack: Aus aktuellen Herausforderungen wie dem Klimawandel und dem Älterwerden der Gesellschaft haben wir Politikvorschläge abgeleitet. Diese müssen wir in den nächsten Monaten mit den Brandenburgerinnen und Brandenburgern gemeinsam qualifizieren.

Juliane Tietz: Interessante und konstruktive Debatte, motivierende Rede von Bernd Riexinger.

König kontra „arbeitsscheue“ Nowaweser Weber

1843

Kabinettsorder Friedrich Wilhelm IV. an das Webereigewerk in Nowawes. In ihr heißt es:

„Nachdem nun aber Behörden und Privatvereine mit Aufwendung beträchtlicher Mittel vergeblich versucht haben, die Bittsteller und ihre Familien anderen Nahrungszweigen zuzuführen und alle Bemühungen und Anstrengungen dieser Art an den Vorurteilen sowie an der Untüchtigkeit und Arbeitsscheue der dortigen Weber gescheitert sind, so kann auch Meinerseits zur Abhülfe ihres Notstandes nichts weiter geschehen, vielmehr den Bittstellern nur überlassen und dringend angeraten werden, sich durch eigne Kraft und Betriebsamkeit ihrer mißlichen Lage zu entziehen. Sanssouci, den 6. November 1843“



„Soldaten“rat in Potsdam

1918



Folgende Meldung wurde vom Soldatenrat in Potsdam, dem Herrn Regierungspräsidenten zugestellt: „Der Soldatenrat in Potsdam ist zusammengetreten. Er hat es sich zur Aufgabe gestellt, für Ruhe und Ordnung zu sorgen und Gut und Leben des Volkes zu beschützen.“

Am 11. 11. 1918 endete mit der Unterzeichnung des Waffenstillstands in Compiègne der 1. Weltkrieg; 1.646 Potsdamer kamen in diesem Krieg um's Leben.

Am 19. 11. 1918 schreibt die „Rote Fahne“: „In Potsdam besteht der Soldatenrat aus 25 Mann, darunter nur zwei Soldaten, aber 23 Offizieren, hochfeudalen Herren, wie Rittmeister v. Alvensleben, Rittmeister Graf v. Plessen usw. Offiziere in Soldatenräten bedeutet deren Verfälschung und Kraftlosmachung; maßgebenden Einfluss von Offizieren in den Soldatenräten heißt deren Verwandlung aus Werkzeugen der Revolution in Werkzeuge der militaristisch-autokratischen Gegenrevolution; bedeutet Selbstmord der demokratischen Wehrverfassung und der sozialen Revolution überhaupt.“

„Spaziergänger in Potsdam“ in Auschwitz ermordet

1943

Sie kennen als Potsdamer Georg Hermanns „Spaziergang in Potsdam“ noch nicht? Dabei ist dieser poetische Stadtführer bereits 1929 erschienen und danach mehrfach wieder aufgelegt worden. Potsdam und Berlin hatte er dermaßen in sein Herz geschlossen, dass seine Romane – so „Kubinke“ oder „Grenadier Wordelmann“ – meist in Berlin bzw. Potsdam angesiedelt sind. Und außerdem war Potsdam für Georg Hermann „...einer der schönsten Festsäle der Architektur...“, in dem einen „...beruhigende altmodische Luft in die Nase...“ steigt. Eben das weiß Hermann anschaulich und lebendig in seinem „Spaziergang“ zu vermitteln.

Am 07. Oktober 1871 in Berlin als Georg Hermann Borchardt geboren, standen ihm als Sohn eines begüterten Kaufmanns alle Bildungsmöglichkeiten offen. Er studierte Kunstgeschichte, wurde aber – um „Brot zu erwerben“ – Kaufmann und Beamter, dann aber Journalist. Georg Hermann machte sich bald einen Namen als kenntnisreicher Feuilletonist, Kunstkritiker und Schriftsteller. Aus seiner Feder stammt z.B. die erste populäre „Geschichte der deutschen Karikatur im 19. Jahrhundert“. Bekannt und volkstümlich aber wurde Georg Hermann durch seine Romane „Jettchen Gebert“ (1906) und „Henriette Jacob“ (1908).

Nach dem Reichstagsbrand am 27. Februar 1933 verließ Georg Hermann seine deutsche Heimat. Die Niederlande waren das Land seines Exils. Dort wurde er von deutschen Häschern 1943 entdeckt und schließlich nach Auschwitz deportiert. In dieser Hölle wurde ihm am 19. November 1943 – wie es in einem Gedicht von Paul Celan heißt – „sein Grab in den Wolken“ zugewiesen. *-rt*

Lotte Pulewka verstorben

1966

Lotte Pulewka wurde am 16. Juli 1893 in Elbing (Ostpreußen) als Tochter eines Apothekers geboren. Von 1911 bis 1914 studierte sie am Königsberger Gewerbelehrerseminar. 1914 wurde sie Mitglied der SPD. Im Rahmen ihrer Ausbildung kam sie 1912 nach Potsdam. Ab 1914 arbeitete sie als Gewerbelehrerin an einer städtischen Fortbildungsschule in Berlin. Dort lernte sie Hermann Duncker und dessen Frau Käte kennen. Ab 1916 arbeitete sie auch im Spartakusbund mit. 1918 beteiligte sie sich aktiv an der Novemberrevolution und wurde ein Jahr später Mitglied der KPD.

Bekannt ist Lotte Pulewka aus dieser Zeit als die „Retterin von Wilhelm Pieck“. Demnach sei sie im Januar 1919 an der Befreiungsaktion von Pieck aus dem Charlottenburger Militärgefängnis beteiligt gewesen.

1922 erhielt Lotte Pulewka von der KPD den Auftrag, in die Sowjetunion zu emigrieren, um dort beim Aufbau einer Kinderkolonie zu helfen. Von 1932 bis 1936 arbeitete sie an der Hochschule der Gewerkschaften in Moskau und von 1937 bis 1941 an einer Mittelschule, ebenfalls in Moskau. Als Folge des Überfalls Deutschlands auf die Sowjetunion im Zweiten Weltkriegs wurde sie 1941 von Moskau nach Kasachstan evakuiert und kehrte 1946 von dort nach Deutschland zurück. Zunächst arbeitete sie als Übersetzerin beim Provinzialverband der KPD Brandenburg und später in der SED-Bezirksleitung als Bibliothekarin.

Lotte Pulewka starb am 6. November 1966. Ihre Urne wurde auf dem Ehrenhain für verdiente Bürger der Stadt Potsdam beigesetzt. Im Potsdamer Stadtteil Zentrum-Ost ist eine Straße nach ihr benannt.

Weiße Flotte am Fuß des Mercure

Jetzt gibt es keine Ausflüchte mehr. Wenn sich SPD und CDU selbst ernst nehmen, müssen sie sich in der Plenarsitzung am 6.November zum künftigen Standort für einen Neubau der Weißen Flotte entscheiden.

Die Linksfraktion hatte in der Septembersitzung den Standort am Mercure beantragt, der eigentlich auch von SPD und CDU für möglich gehalten wird. Obwohl wir auf einer Abstimmung bestanden, wurde mehrheitlich eine erneute Beratung im Bauausschuss beschlossen, die allerdings, so die Selbstverpflichtung von SPD und CDU, zu einer Entscheidung im November führen sollte. Offensichtlich ist der Oberbürgermeister jedoch an einer weiteren Verzögerung interessiert, weil er hofft, die Weiße Flotte doch noch für den Hinterhofstandort am Bahndamm zu gewinnen. Hintergrund ist die abenteuerliche Absicht, möglichst schnell das Hotel abzureißen und das mit zweistelligen Millionenbeträgen aus städtischen Kassen.

Große Anfrage zum Landtagsneubau

Im Dezember ziehen die Landtagsabgeordneten in das neue Landtagsgebäude am Alten Markt. Im Januar soll dort die erste Plenarsitzung stattfinden. Zugleich hat damit ein langer Diskussionsprozess über die Gestaltung des historischen Stadtzentrums einen Abschluss gefunden. Der Landtag zieht in ein Gebäude, das äußerlich wie das alte Stadtschloss aussieht, im Innern aber ein modernes Bauwerk mit hoher Funktionalität ist.

Die Linksfraktion will mit einer Großen Anfrage an den Oberbürgermeister einerseits in Erinnerung rufen, dass Ende 2006 und Anfang 2007 in zwei Abstimmungen der B-Plan Landtagsneubau insbesondere von den LINKEN abgelehnt wurde. Erst dann konnten wir die von uns immer wieder geforderte Bürgerbefragung durchsetzen, in der sich eine relative Mehrheit der Potsdamerinnen und Potsdamer für das Schlossgrundstück als Standort für den neuen Landtag aussprach. Auf dieser Grundlage hat eine Mehrheit der Linksfraktion den B-Plan unterstützt und damit den Weg für den neuen Landtag frei gemacht. Wir haben das allerdings mit einer Reihe von Forderungen verbunden, die in einem Begleitbeschluss mehrheitlich festgelegt worden sind. Dazu gehört vor allem das erste mehrjährige Sanierungsprogramm für Schulen und Kitas sowie die zeitnahe Sanierung des Alten Rathaus sowie die Stadt -und Landesbibliothek. Wir erinnern an diesen wichtigen Beschluss und erfragen, wie er erfüllt worden ist.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Anträge für die November-SVV

Zwischen der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 4. September und der darauffolgenden am 06. November 2013 liegen 8 Wochen. Zeit, die die Fraktion auch genutzt hat, um Probleme, von denen sie Kenntnis erhalten hat, in Form von Anträgen in die öffentliche Diskussion zu geben.

So hat Rolf Kutzmutz darauf hingewiesen, dass es immer wieder wegen fehlender personeller Planungskapazitäten zu sehr langen Bearbeitungszeiten von B-Plänen kommt. Der Fokus liegt dabei auf den Plänen, die Standorte für den Wohnungsbau betreffen. Um das Ziel zu erreichen, mindestens 1 000 Wohnungen pro Jahr zu bauen, müssen aber die Planungen zügig zum Abschluss geführt werden.

Die Konsequenz: Der Bereich Stadtplanung/Stadterneuerung /Verbindliche Bauleitplanung muss personell verstärkt werden. Das fordern wir in einem entsprechenden Antrag.



Einen bereits gefassten Beschluss der SVV zum Rauchverbot an Haltestellen aufgreifend, hat Hans-Jürgen Scharfenberg vorgeschlagen, dass der OB in Gesprächen mit dem ViP dafür sorgen soll, dass die Haltestellen des ViP als Nichtraucherzone gekennzeichnet werden. Die Fahrgäste sollen so aufgefordert werden, sich an das Rauchverbot zu halten. Übrigens: Wir fordern damit wieder einmal die Umsetzung eines bereits gefassten Beschlusses.

Die Sanierung der Neuendorfer Straße sollte in diesem Jahr erfolgen. Das wurde aus Mangel an Geld verschoben. Die Schäden haben sich nach dem letzten Winter noch erheblich verstärkt, so dass die Instandsetzung der Straße noch dringlicher geworden ist. Das hat Hans-Jürgen Scharfenberg in einen Auftrag an den OB gefasst, die notwendigen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Neuendorfer Straße 2014 saniert wird. Übrigens: Die Straße wird jetzt notdürftig ausgebessert. Ein Schelm, wer „Böses" ahnt!

Bewohner/innen aus der Waldstadt I beklagen heftig die Parkplatzsituation in ihrem Wohngebiet. Die ohnehin schon begrenzten, nicht ausreichenden Parkmöglichkeiten sind durch die Sperrung von Parkflächen entlang der Drewitzer Straße noch mehr eingeschränkt. Hans-Jürgen Scharfenberg hat sich der Sache angenommen. So wird der OB beauftragt, gemeinsam mit den in der Waldstadt vertretenen Wohnungsunternehmen durch konkrete Unterstützung der Stadt Möglichkeiten zu finden, Abhilfe zu schaffen.

Dr. Sigrid Müller
Geschäftsführerin

Integrationspreis 2014 zum 10. Male

Im kommenden Jahr schreibt unsere Stadt zum 10. Mal den mit insgesamt 1000 € dotierten Integrationspreis aus. Damit unsere Mitbürger mit Migrationshintergrund nicht Fremde bleiben, wurde 2005 auf Antrag der Fraktion DIE LINKE in der Stadtverordnetenversammlung ein entsprechender Beschluss gefasst. Auch in unserer Stadt war und ist das Verhältnis zwischen Zugewanderten, auch untereinander, und den Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft nicht immer konfliktfrei. Vielschichtige Integrationsprobleme veranlassten Politik, gesellschaftliche Gruppen und engagierte Bürgerinnen und Bürger, nach umfassenden und nachhaltigen Integrationsansätzen zu suchen. Inzwischen ist Integration zu einem zentralen Thema des gesellschaftlichen Zusammenlebens in unserer Stadt geworden und eine große Herausforderung für Gegenwart und Zukunft. Es wird bereits heute eine sehr gute Arbeit auf diesem Gebiet geleistet.

Mit dieser Anerkennungskultur wird das besondere Engagement von Einzelpersonen, Gruppen und Einrichtungen in der Integrationsarbeit gewürdigt. Seit einigen Jahren stiftet die ProPotsdam für nachbarschaftliche Initiativen und Projekte einen Sonderpreis. Eine Arbeitsgruppe, die ich seit 2005 leiten darf, bereitet in jedem Jahr die Festveranstaltung vor, die im Rahmen der Interkulturellen Woche stattfindet. Anfangs reichte im Rathaus ein recht kleiner Raum aus; heute ist das Interesse so groß, dass mittlerweile die Reithalle A des Hans-Otto-Theaters bis auf den letzten Platz gefüllt ist und zwischen 12 und 18 Bewerbungen eingereicht werden. Jede Bewerbung wird durch ein Filmteam, das aus Auszubildenden des Audiovisuellen Zentrums der Universität besteht, begleitet. Die 10. Preisverleihung im kommenden Jahr wird mit einem Familienfest verbunden sein, denn irgendwo sind auch wir Fremde auf dieser Erde, auch wir wollen uns in der Fremde heimisch fühlen („Letztlich sind wir Fremde auf dieser Erde, und es liegt an uns, den Versuch zu wagen, es nicht zu sein" - Elie Wiesel).

Birgit Müller
1. Stellvertreterin des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung

Besucheransturm auf die neue Bibliothek im Bildungsforum

Schon nach drei Wochen regulärer Öffnungszeit hatte die neue Stadt- und Landesbibliothek (SLB) im Bildungsforum bereits 23.000 Besucherinnen und Besucher gezählt, davon gut 3.000 am Eröffnungswochenende. Täglich kommen zwischen 800 bis 1.300 Nutzer in die Bibliothek, darunter viele Kinder und Jugendliche.

Erfreulich ist auch die Zahl der Neuanmeldungen. 1.100 neue Kunden konnte die Bibliothek in den ersten drei Wochen gewinnen, davon sind 27 % Kinder, 26 % Erwachsene zwischen 25 und 45 Jahren sowie 9 % Jugendliche. Die meisten davon sind Potsdamer, nur bei den Jugendlichen kommt die Hälfte aus dem Umland.

62.600 Ausleihen und Verlängerungen sowie 48.300 Medienrückgaben führten mitunter zu langen Schlangen an den Verbuchungsgeräten. Gemessen an einem „normalen" 3-Wochen-Zeitraum im alten Haus werden 55% mehr Entleihungen gezählt sowie 90 % mehr Rückgaben, was noch aus der zweimonatigen Schließung wegen des Umzugs resultiert.



Besonderer Beliebtheit erfreut sich die neue Kinderwelt, die mit Lesehöhlen im Regal, dem Bücherfloß und der Hörbox ein Treffpunkt für junge Leseratten ist. Bücher, Spiele und Hörbücher für diese Zielgruppe verzeichnen allein 15.800 Entleihungen an 20 Öffnungstagen, damit werden die üblichen Ausleihrenner DVDs getoppt, die „nur" mit 10.900 Entleihungen zu Buche schlagen. Gut angenommen werden andere neue Angebote wie die „Elternbibliothek" sowie „Musik für Kinder". Das thematische Sachbuch-Angebot Kaleidoskop in der ersten Etage findet ebenfalls eine positive Resonanz, besonders beliebt sind Titel aus der Kategorie „Leben und Genießen".

Schon zur Neueröffnung wurden 30.000 Euro in die Anschaffung von neuen Kinder- und Jugendbüchern investiert.

Neue Nachbarschaften im Haeckel-Kiez

Seit Ende September ist bekannt, dass ab Dezember 2013 in zwanzig Wohnungen in der Haeckelstraße etwa 60 Asylsuchende untergebracht werden sollen und damit "Neue Nachbarschaften" entstehen werden.

Am Montag, dem 30. September fand eine Informationsveranstaltung der Landeshauptstadt Potsdam statt, in der die Beigeordnete für Soziales Frau Elona Müller-Preinesberger und ihre MitarbeiterInnen über die Vorbereitungen informierten:

Ab 1. Dezember 2013 werden in 20 Wohnungen der Pro Potsdam in zwei Wohnblöcken in der Haeckelstraße 60-70 Menschen aus Tschetschenien, Serbien, Somalia und dem Tschad untergebracht. Voraussichtlich kommen Familien und Mütter mit Kindern. Welches Alter die Kinder haben, ist noch nicht bekannt.

Im Moment wird die Trägerschaft für die sozialpädagogische Begleitung der Flüchtlinge ausgeschrieben. Bis Mitte November wird der Träger von einer Jury ausgewählt, dessen Aufgabe die unmittelbare Betreuung der Menschen in den Häusern der Pro Potsdam ist.

Die Menschen erhalten unmittelbar die Möglichkeit, einen deutschen Sprachkurs zu machen.

Für die Kinder werden zusätzliche pädagogische Begleiter in den Schulen und Kindergärten in Aussicht gestellt.

Ab sofort stehen Mittel der Landeshauptstadt Potsdam für die Stadtteilarbeit zur Verfügung, um die Willkommenskultur zu fördern.

An der Versammlung nahmen zahlreiche Bewohnerinnen und Bewohner aus dem Haeckel-Kiez, aus dem Stadtteil und darüber hinaus teil. Es wurden Ängste, Befürchtungen und Unsicherheiten aber auch Hilfsangebote, Chancen und Möglichkeiten zum Ausdruck gebracht.

Am Ende standen drei Verabredungen:

Das Stadtteilnetzwerk lädt zum 23.11.2013 von 10-14 Uhr zu einer Stadtteilkonferenz in die Mensa der Da-Vinci-Gesamtschule ein. Dort werden Ideen gesammelt und Verabredungen getroffen, die den „Neuen Nachbarschaften" eine Hilfe bieten können.



Am Montag, dem 25.11.2013 lädt die Landeshauptstadt Potsdam zur nächsten Informationsveranstaltung ein, auf der sich auch der Träger vorstellen wird.

Am Samstag, dem 07. Dezember 2013 feiert unser Stadtteil den Nikolausmarkt. Es kann ein Willkommensfest werden - auf der PLATTE in der Haeckelstraße.

Für alle Fragen und Anregungen zu den „Neuen Nachbarschaften" und der Stadtteilarbeit ist ab sofort der Kontakt möglich über: Telefon: 0331-588 12 58; email: info@stadtteilnetzwerk.de sowie im Büro: Geschwister-Scholl-Straße 51, 14471 Potsdam.

Daniel Zeller, Stadtteilnetzwerk Potsdam-West

Kommentiert

Unser Stadtteil wird reicher

In Potsdam-West und in der Brandenburger Vorstadt leben wir in einem weltoffenen Stadtteil mit wenig Problemen, wenn man von der ewigen Verkehrsproblematik in der Zeppelinstraße absieht: Eine starke, engagierte Bürgerschaft ist vernetzt und belebt den Stadtteil mit eigenen, selbstorganisierten Projekten und sorgt für eine ungemeine Vielfalt im Stadtteil. Von den Alternativen Wohnprojekten in der Zeppelinstraße bis hin zum Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V. sorgen die Menschen bei uns für dieses angenehme Klima, das den Stadtteil so attraktiv macht. Das wurde auch auf der Einwohnerversammlung der Stadtverwaltung erlebbar, auf der die Stadt die Bürger informierte, dass 60 bis 70 Flüchtlinge in 20 Wohnungen in der Haeckelstraße untergebracht werden. Sofort hatten die Menschen Ideen für Projekte, die Menschen, die in ihrem Leben schon so viel erlebt haben, in den Stadtteil einzubeziehen. Die Bedenken Einzelner konnten zerstreut werden, unter anderem dadurch, dass sich ein „Alteingesessener" sofort anbot, zwischen Flüchtlingen und der Anwohnerschaft zu vermitteln. Das Stadtteilnetzwerk möchte die Flüchtlinge willkommen heißen und Veranstaltungen zum Kennenlernen anbieten.

Ich bin froh, in einem Stadtteil zu leben, der so agiert. Und dieser Reichtum wird noch erweitert werden, wenn es gelungen ist, die neuen Einwohner in diese Kultur des Miteinanders einzubeziehen. Die Menschen werden unseren Stadtteil beleben. Alle werden davon profitieren und wir werden sehen: In Potsdam-West gibt es keinen Platz für rassistische und nationalistische Ressentiments. Flüchtlinge werden hier nicht nur toleriert, sondern akzeptiert und integriert werden. Sie haben es verdient. Hier werden sie Ruhe und ein neues Zuhause finden können. Herzlich willkommen in Potsdam-West!

Ronny Besancon, KV, Vorsitzender OV Potsdam-West DIE LINKE

Nikolausmarkt auf der PLATTE

Wäldchen, Wiese und Asphalt: Unverwechselbar ist der Charme der freien Aktionsfläche PLATTE an der Haeckelstraße inmitten der Plattenbausiedlung in Potsdams Westen. Ein idealer Begegnungsort für alle Generationen!

In den 70er Jahren von Anwohnern unter Anleitung engagierter Mitarbeiter des Wohnungsbaukombinats (später Grünflächenamts) als ein Stadtteiltreffpunkt insbesondere für Jugendliche erdacht, ist die Platte seit Mitte der 90er Jahre in einen tiefen Dornröschenschlaft gefallen. Geplante und nicht realisierte Bauvorhaben verhinderten ein Engagement der städtischen Verwaltung für eine bessere Aufenthaltsqualität. Wie das Plattenbauquartier selbst blieb der Ort von Strukturmaßnahmen wie sozialen oder städtebaulichen Projekten unberührt. Im August 2011 wurde die PLATTE auf Initiative des Stadtteilnetzwerks erstmals Schauplatz einer kulturellen Veranstaltung.



Am 7. Dezember 2013 lädt nun das Stadtteilnetzwerk ein zum ganztägigen Nikolausmarkt – Ort: Kreuzung Haeckelstraße / Knobelsdorffstraße, 14471 Potsdam

Miteinander leben – Tür an Tür

Potsdam will Flüchtlinge in Potsdam-West einquartieren/Offene Atmosphäre bei Anwohnern

Potsdam ist im Zugzwang. 3300 Flüchtlinge kommen in diesem Jahr nach Brandenburg, prognostiziert das Innenministerium. Die zentrale Erstaufnahmestelle in Eisenhüttenstadt, deren Kapazität bei 700 Personen liegt, ist voll belegt. Ende August 2013 lebten 4300 Flüchtlinge im Land, 1200 mehr als im Jahr zuvor. Erwartet wird aktuell die Ankunft syrischer Flüchtlinge – 154 Kinder, Frauen und Männer. „Ende Oktober treffen die ersten elf Syrer ein", sagt Gabriele Hesse vom Sozialministerium. Die Aufnahme wird sich über mehrere Monate hinziehen.

Der Druck auf die Stadt wächst. 103 Flüchtlinge muss die Landeshauptstadt aktuell aufnehmen. Die beiden Gemeinschaftsunterkünfte mit ihren 193 Plätzen sind restlos belegt. Seit Monaten sucht die Stadt nach Alternativen, hat 40 mögliche Standorte geprüft. Einer davon soll nun in der Haeckelstraße in Potsdam-West sein. Bis zu 70 Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge sollen von Dezember an in zwei Wohnblöcke des städtischen Wohnungsunternehmens Pro Potsdam an der Haeckelstraße einziehen. Grund genug für die Stadt, sich am 30. September auf einer Bürgerversammlung in der Sportschule mit mehr als 100 Anwohnern auszutauschen.

Eine unbedingt notwendige Maßnahme. Denn erinnern wir uns an die Bürgerversammlung am 16.2.2009 im Bürgerhaus Am Schlaatz: Es ging um den bevorstehenden Umzug von 160 Asylbewerbern in das Übergangswohnheim in diesem Stadtteil. Das Klima bei der Versammlung im Bürgerhaus war anfangs alles andere als tolerant, einer der Gäste bezeichnete es gar als „Pogromstimmung". Ganz anders die Atmosphäre am 30. September 2013. Offen, wenn auch nicht frei von Sorgen, reagierten die BürgerInnen auf die Pläne der Stadt, Flüchtlinge in Wohnungen inmitten der Stadt einzuquartieren. Tür an Tür mit alteingesessenen Mietern.





Hella Drohla betreut im Übergangswohnheim Am Schlaatz Chava Barchanojeva (34) aus Inguschetien (Nordkaukasus) und ihren schwerbehinderten Sohn Adam (10).

Aufeinander zugehen

Hella Drohla, Lehrerin im Ruhestand, ehemalige LINKE-Stadtverordnete und Mitglied im Migrantenbeirat der Stadt, war insgesamt erfreut: „Ich muss dem Stadtteil Potsdam-West ein großes Kompliment machen. Die Atmosphäre ist wirklich gut und Welten entfernt von der Stimmung, die anfangs am Schlaatz herrschte." Logisch war jedoch, dass auch auf der P-West-Bürgerversammlung Bedenken bzw. Sorgen laut wurden. „Besonders Ältere haben Angst vor Fremden. Zum Teil rührt das von schlechter Erfahrung her. Oft ist aber zu beobachten, dass Negatives aus den Medien aufgegriffen und daraus ein Bild gemacht wird, das man dann ablehnt. Da wirkt sich vor allem das Ungeübtsein im Umgang mit Fremden aus", so schätzte Hella Drohla weiter ein. Wichtig seien offene Runden, bei denen man lernen könne, wie man dem anderen am besten begegnet, was man sagen kann bei Begegnungen, bei denen Riten, Bräuche und Gewohnheiten gezeigt werden. Hella Drohla: „Das Allerwichtigste ist aber, einfach aufeinander zuzugehen, auch wenn ich anfangs vielleicht Bauchschmerzen habe."

Experiment auf Zeit

Die Unterbringung in Potsdam-West ist ein „Experiment auf Zeit". Noch läuft die Suche nach einem sozialen Träger. Die Stadt setzt auf die soziale Vereinslandschaft und Bürgerinitiativen. Für zwei Jahre sollen Flüchtlinge hier wohnen. Bis ein Neubau an der Heinrich-Mann-Allee bezogen werden kann. Nach gleichem Prinzip – Wohnung an Wohnung mit Altpotsdamern. An der Haeckelstraße stellt Pro Potsdam 20 Wohnungen für den Interims-Bezug bereit. Drei-, Zwei- und Einzimmerwohnungen in 70er-Jahre-Plattenbauten. Räume, die seit Jahren leer stehen. Teils, um Mietern bei Sanierungen als Ausweichquartier zu dienen. Andernteils, weil sie selbst auf der Liste der zu sanierenden Objekte stehen. Ab Ende 2015 würden die Blöcke modernisiert, so die Bauholding. Zwischenzeitlich sollen Flüchtlinge aus Syrien, Somalia, Tschetschenien, Serbien oder dem Tschad hier zur Ruhe kommen.

Diese sind oftmals traumatisiert, haben Angehörige verloren. Derzeit harren sie im zentralen Auffanglager in Eisenhüttenstadt aus unter kaum menschenwürdigen Bedingungen. In die Haeckelstraße sollen Familien oder Mütter mit Kindern kommen. Deutsch-Kurse sollen Sprachbarrieren abbauen helfen, auch Sozialarbeiter sind vorgesehen, und ein Wachschutz soll für Ordnung sorgen.

Abschließend sei noch einmal Hella Drohla zitiert, die Potsdam-West ihr Kompliment aussprach: „Die Gemeinschaft dort ist gewachsen und gefestigt. Die Menschen sind aufgeschlossen – auch aufgrund der Altersstruktur. In Potsdam-West leben sehr viel junge Leute. Außerdem gibt es dort eine ganze Reihe an Basisorganisationen und Initiativen." Und schließlich forderte Hella Drohla zum Erinnern auf: „Was wäre gewesen, wenn die Flüchtlinge nach dem Zweiten Weltkrieg in Potsdam auf Abwehr gestoßen wären?" *-bm*

Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune – Bürgerbeteiligungsbüro wird eingesetzt

Im Oktober 2013 wurde der Gewinner der Ausschreibung für das Büro für Bürgerbeteiligung in der Landeshauptstadt Potsdam bekannt gegeben. Damit wurde das Ergebnis eines mehr als einjährigen Bürgerbeteiligungsprozesses zur Gestaltung bürgerschaftlichen Engagements im Sinne einer Bürgerkommune Potsdam in die Praxis umgesetzt. Zum einen wurde ein Büro für Bürgerbeteiligung angegliedert an die Verwaltung eingerichtet und zum anderen wurde damit ein freier Träger gefunden, der diesen erarbeiteten Beteiligungsdialog aufnimmt. Schon bei der Rahmenkonzeption zur Bürgerkommune Potsdam wurde von einer Koordinierungsstelle für bürgerschaftliches Engagement zusammengesetzt aus Vertretern der Verwaltung und der Bürgerschaft gesprochen. Fast 10 Jahre danach gewannen die Bewerber_innen einer Trägergemeinschaft, bestehend aus dem Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V., der KUBUS gGmbH sowie dem Stadtjugendring Potsdam e.V.. Zukünftig soll diese Gemeinschaft noch um interessierte Träger erweitert werden, welche sich im eigens dafür gegründeten Verein „mitMachen" vernetzen. Hierbei wird schon das zentrale Mittel der Arbeit des Bürgerbeteiligungsbüros in seiner Struktur deutlich. Es geht um das Netzwerk der Bewohner_innen und Akteure in Potsdam die gemeinsam mitmachen und wesentliche Elemente der Stadtentwicklung begleiten. Hier geht es darum, bereits in frühen Planungsphasen Vorhaben in sämtlichen Bereichen der Stadtentwicklung mit den Potsdamer_innen gemeinsam zu entwickeln. Mit dem Einsetzen der Arbeit des Beteiligungsbüros ist ein weiterer Meilenstein neben der Einsetzung des Beteiligungsrates, des Bürgerhaushalt und der Weiterentwicklung der Bürger- & Begegnungshäuser in Potsdam auf dem Weg zur Bürgerkommune getan. Wir wünschen dem Büro viel Erfolg!

Matthias Lack

Infos unter: http://www.buergerbeteiligung-potsdam.de/

Neues Stadtteilhaus für Potsdam West – „Scholle 34“

Mit dem Verkauf des Hauses in der Geschwisterscholl Str. 51 im letzten Jahr stand das Stadtteilhaus „Scholle“ unter der Verwaltung des Stadtteilnetzwerkes Potsdam West vor dem Aus. Dennoch konnte unter Duldung des neuen Besitzers, einer Investorengruppe, die Arbeit des Hauses bis heute befristet fortgesetzt werden. Doch dieser unsichere Zustand ist nicht haltbar für die Arbeit des Stadtteilnetzwerkes. Daher führt das Team des Netzwerkes seit Januar 2013 Gespräche mit der Stiftung Schlösser und Gärten Sanssouci (SPSG) als Eigentümerin der Geschwister-Scholl-Straße 34 und seit diesem Sommer auch mit der Stadt Potsdam um diese potentielle neue Heimat realisieren zu können. Wie in der 51-er Scholle soll dort ein generationsübergreifender Begegnungsort mit vielfältigen sozialen und kulturellen Angeboten unter einem Dach geschaffen werden. Konkrete Inhalte und Ausgestaltungen des Standortes sollen, dem Konzept des Stadtteilnetzwerkes entsprechend, von den Anwohner_innen selbst und gemeinsam entwickelt werden. Platz genug gäbe es auf dem Gelände, das neben einem großen Außengelände einen ca. 300 qm großen Veranstaltungssaal, einen rückwärtigen ca. 700 qm großen Gebäudetrakt sowie zwei weitere kleine Funktionsgebäude bereithält. Momentan ist auf der offiziellen Website des Netzwerkes zu lesen, dass ein 33 Jahre Pachtvertrag für das Gelände im Bereich des Möglichen läge. Allerdings sind die Gebäude nach 10 jährigem Leerstand sehr sanierungsbedürftig. Hier sind die Unterstützung der Stadt und das Engagement der Anwohner_innen gefragt. Die Unterstützung der LINKEN ist diesem Projekt aufgrund der hervorragenden Arbeit des Stadtteilnetzwerkes der letzten Jahre jedenfalls sicher.

Matthias Lack KV

Kleiner Fortschritt beim Kino Charlott



Der Zustand des Gebäudes des Kino Charlott ist seit Jahren für das Areal Potsdam-West geradezu ein Schandfleck. Die Fraktion DIE LINKE hatte dieses Problem aufgegriffen und die Verwaltung dringend aufgefordert, zum Schutz des unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes Maßnahmen bis hin zur eventuellen Enteignung zu ergreifen.

Im Kulturausschuss wurde darüber informiert, dass seit Oktober mit dem Eigentümer des Chartott schriftliche Kontakte über seinen Anwalt bestehen. Es wurde zunächst mitgeteilt, dass der Eigentümer beabsichtigt, die Bausubstanz zu sichern und ein Baugutachten beauftragt werden soll. Als erste Schritte werden Sicherungsmaßnahmen am Eingang und an den Fenstern vorgenommen, so zumindest die schriftlichen Zusagen. Was dort im Weiteren entstehen soll, ist der Verwaltung bislang nicht bekannt. Sicher, es ist ein kleiner Fortschritt , aber der Sanierungsprozess muss zügig weiter gehen. Der Zustand des Gebäudes kann nicht weiter so hingenommen werden. Wir bleiben dran!

Dr. Karin Schröter

Grünes Licht für Wohnungsbau in Eiche

Mehr als ein Jahr lang hat der Ortsbeirat die Planung eines neuen Wohnungsbauvorhabens in Eiche begleitet. Im Frühjahr haben Ortsbeirat und SVV-Ausschüsse die Beschlussvorlagen bestätigt, inzwischen ist das Gelände der ehemaligen Kaserne gleich am Ortseingang schon planiert. Auf insgesamt 61.000 m2 werden 32 Häuser gebaut. Im Eingangsbereich an der Kaiser-Friedrich-Straße entstehen ein Pflegeheim mit 79 Betten sowie 48 Zwei-Zimmer-Wohnungen für betreutes Wohnen. Dahinter werden neben dem Nettomarkt Studentenwohnanlagen mit 264 Einzelzimmer- und 80 Zweizimmerunterkünften gebaut. Auf den übrigen Flächen entstehen Wohnhäuser mit ca. 270 Wohnungen.

Der Ortsbeirat hat mit der Stadtverwaltung Fragen zum Erscheinungsbild intensiv diskutiert. Für ihn hatte nicht die Sicht der Schlösserstiftung vom Lindstedter Schloss aus Vorrang, sondern von der Kaiser-Friedrich-Straße aus. Er erreichte eine Rücknahme der vorderen Baukante und eine differenzierte Fassadengestaltung. Großen Raum nahm auch die Erörterung der Verkehrserschließung ein. Dazu gelang es dem Ortsbeirat, eine Verlängerung der Linksabbiegerspur in der Kaiser-Friedrich-Straße um bis zu 15 Meter vor der Kreuzung Amundsenstraße/Maulbeerallee/Straße Am Neuen Palais zu vereinbaren, so dass die Stauanfälligkeit im Berufsverkehr vermindert wird.

Mit der so beschlossenen Planung ist ein guter Stand erreicht: Dringend benötigte Wohnungen für Studenten werden an einem attraktiven Standort angeboten. Biotope wurden angelegt, neue Fuß- und Radwege entstehen. Die bauliche Dichte ist ein Kompromiss aus Erstellungskosten und noch verträglichen Mieten. Dabei hat die Rathauskoalition dieses Bauvorhaben durch Satzungsbeschluss für soziale Infrastruktur um 540.000 Euro verteuert! Trotz dieser Belastung ist der bestätigte Planungsstand aus Sicht des Ortsbeirats ein guter Beitrag zur Weiterentwicklung des Ortsteils.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 04.09.2013 den Abwägungs- und Satzungsbeschluss 13/SVV0451 zu diesem Vorhaben bestätigt.

Ralf Jäkel, Ortsvorsteher in Eiche

Biotonne, ja oder nein?

Diese Frage bewegt die Gemüter in Potsdam bereits eine ganze Weile. Im Ergebnis einer Bürgerumfrage der Landeshauptstadt Potsdam zum Thema „getrennte Bioabfallerfassung“ befürwortete schließlich im Sommer 2012 eine knappe Mehrheit der Potsdamer die Einführung der braunen Tonne im Stadtgebiet.

Hintergrund der Befragung war die gesetzlich vorgeschriebene Getrennthaltungspflicht für Bioabfälle aus Haushalten ab dem 01.Januar 2015, die die stoffliche Verwertung dieser Abfälle fördern soll. Am 01. Juni 2013 startete nun in Potsdam-West ein Pilotprojekt zur Nutzung der Biotonne. Durchgeführt wird es in Zusammenarbeit mit der Stadtentsorgung Potsdam GmbH (STEP).

Das Testgebiet für das Pilotprojekt umfasst das Gebiet nördlich der Zeppelinstraße vom Schafgraben bis zur Forststraße und hier bis zur Straße Im Bogen, einschließlich der Ungerstraße. Nördlich begrenzt wird es von der Eisenbahnlinie. Die Kantstraße und die Kastanienallee wurden komplett bis zur Geschwister-Scholl-Straße einbezogen. Das Pilotgebiet wurde so ausgewählt, dass alle Gebietsstrukturen – sowohl Einfamilien- und Mehrfamilienhausbebauung als auch Großwohnanlagen – abgebildet sind, so dass die Nutzung der Biotonne in allen in der Stadt Potsdam vorhandenen Wohnstrukturen getestet werden kann.

Im Pilotbereich werden unterschiedliche Sammelbehälter in den Größen 120, 240 und 660 Liter mit und ohne Filterdeckel getestet. Die Leerung erfolgt wöchentlich, in den Wintermonaten von Dezember bis März 14-täglich. In der Forststraße und der Ungerstraße wird die ausschließlich 14-tägliche Entleerung getestet.

Das Projekt Biotonne ist vorerst auf ein Jahr begrenzt. Während dieser Zeit ist die Nutzung der Biotonnen natürlich kostenfrei. Ziel des Tests ist es, Erfahrungen zu sammeln: Wie nutzen die Potsdamer diese Tonne? Waren die Informationen zur Nutzung der braunen Tonne umfassend? Ist das für die Testphase kalkulierte Behältervolumen von fünf Litern pro Woche und Person ausreichend? Antworten auf diese und weitere Fragen sollen Befragungen liefern, die während der Pilotphase durchgeführt werden. *(Weitere Informationen: 0331/289 3331)*

Neues vom Brauhausberg

Wie man der Presse entnehmen konnte, sind alle sog. Wettbewerbe (städtebaulich und zum Bad) beendet. Da diese in der Form so gestaltet wurden, dass wir keinen Einfluss nehmen konnten, blieb uns nichts übrig als dies kritisch zu beobachten.

Hier haben wir uns bewusst zurückgehalten, da in der Regel die, die wenig Ahnung haben, zu jedem Mist ihren Senf dazu geben und später die, die am allerwenigsten Ahnung haben, darüber entscheiden.

Momentan wird jedenfalls gerade an der Aufstellung des Bebauungsplanes gearbeitet. Hier bemängeln wir, dass nun aus Renditegründen sogar der bewaldete Hang hinter der Schwimmhalle mit hochgeschossigen - und wie sollte es anders sein - hochpreisigen Wohnungen bebaut werden soll. Unsere Einwände werden u.a. vom B.U.N.D. geteilt, der im Rahmen seiner vorzeitigen Beteiligung dazu bereits gegenüber der Stadtverwaltung Stellung nehmen konnte. Die Gründe dafür liegen in der Ansiedlung besonders geschützter Arten der roten Liste wie z.B. des großen Mausohres, dem Mittelspecht sowie dem Heldbockkäfer. Inzwischen ist auch noch der Eremit dazugekommen. Es bleibt zu hoffen, dass die Stadtverwaltung die berechtigten Einwände sorgfältig prüft. Aber leider wurde in der Vergangenheit den Interessen einzelner Großinvestoren der Vorrang eingeräumt.

Die CDU und die FDP versuchten im übrigen immer noch das Bad durch verschiedene Anträge zu verhindern - trotz des eindeutigen Ergebnisses der Bürgerbefragung. So weit zum Wahlkampfslogan u.a. der FDP „wir stärken Bürgerrechte".

Kultur-BRAUEREI oder Edelquartiere?

Zu guter Letzt informieren wir darüber, dass uns die auf dem alten Brauereigelände ansässigen Künstler/ Firmen um Unterstützung gebeten haben und hier bereits Gespräche stattfanden. Der Hintergrund ist, dass in der alten Brauerei an der Einsteinstraße die unzähligen Verträge mit den Mietern, wozu auch bekannte Bands wie Hasenscheiße oder Sunna Sepdoom gehören, gekündigt werden sollen. Die Bands und Künstler finanzieren sich im Gegensatz zu so manchen anderem Kunst-/ Kulturstandort selbst. Man plant hier - natürlich wie könnte es anders sein – ebenfalls hochpreisigen Wohnungsbau. Von den Bands und Künstlern besteht dagegen die Idee einer Kulturbrauerei. Die Lage direkt am Hauptbahnhof passt schon mal sehr gut. Wer die ca. 100 Künstler und Musiker unterstützen möchte, meldet sich einfach per E-Mail bei uns (info@pro-brauhausberg.de). Wir leiten die Mail dann direkt weiter. Momentan gibt es noch keine gemeinsame Internetpräsenz der Künstler.

Daniela Kriegbaum & Thomas Hintze, BI Pro-Brauhausberg



Hochpreisiger Wohnungsbau oder Kulturbrauerei?!

Position

Die Farbe des Adlers – kein Politikum

Gelobt sei Brandenburg, ein Land ohne Probleme. Die Wirtschaft boomt, die Regionen entwickeln sich gleichwertig und die Menschen können die überall gut ausgebaute Infrastruktur nutzen, um die blühenden Landschaften zu bestaunen. Da bleibt viel Zeit für Oppositionspolitiker aus der dritten Reihe, sich mit ernsthaften Problemen Brandenburgs zu beschäftigen. Nicht nur, dass keine Parlamentarier bei der Schlüsselübergabe ihres Hauses dabei waren – nein, Kern der Auseinandersetzung ist die eine Farbe. Die Schwarzen wollen mehr Rot. Sie wollen uns unseren Stolz wiedergeben, sie wollen, dass der Adler im Plenarsaal des brandenburgischen Landtags rot statt weiß wird. Natürlich finde ich es gut, dass auch Wichmann will, dass Brandenburg rot bleibt ...

Nun kann man sich über Kunst streiten – man sollte diese aber nicht zum Politikum machen. Statt sich der dringenden Probleme anzunehmen, wie zum Beispiel das Land mit seiner unterschiedlichen Entwicklung in den Regionen zukunftsfähig zu gestalten. Statt endlich die Rolle der Opposition auszufüllen und der Regierung auf die Finger zu schauen. Statt sich um die Sorgen und Nöte der Bevölkerung zu kümmern. Statt den Verfassungsauftrag der gleichwertigen Entwicklung umzusetzen, kümmert sich Herr Wichmann lieber um den verfassungsgemäßen Zustand des Adlers im Plenarsaal. Ist die Farbe des Adlers – welcher ja auch weiterhin rot bleibt, nur eben nicht im künstlerisch gestalteten Plenarsaal – entscheidend für die Identität des Landes, entscheidend für die Qualität der hiesigen Politik? Wohl kaum. Und wenn die Politik der CDU dadurch besser wird, dann streiche ich den Adler eigenhändig rot an.

Sascha Krämer

Tempo 30 vor der Evangelischen Grundschule Babelsberg

Der Standort der Evangelischen Grundschule Babelsberg (Rudolf-Breitscheid-Straße) wurde einer umfassenden straßenverkehrsrechtlichen Prüfung unterzogen. Im Rahmen dieser Gefährdungsanalyse wurden Aspekte wie die örtlichen Gegebenheiten, die Verkehrsbelastung, die Verhaltensweisen der Kinder und auch das bisherige Unfallgeschehen im Nahbereich berücksichtigt.

Im Ergebnis stellt die Einrichtung einer Tempo-30-Strecke zwischen der Daimlerstraße bis Karl-Liebknecht-Straße eine angemessene Maßnahme zur Vermeidung bzw. Minderung von Gefahrenmomenten dar.

Für die erforderliche verkehrsrechtliche Anordnung wurde das nach der Straßenverkehrsordnung (StVO) notwendige Anhörungs- und Prüfungsverfahren durchgeführt und positiv abgeschlossen.

Die betreffenden Verkehrsschilder wurden noch in den Herbstferien aufgestellt.

Montag bis Freitag von 7.00 bis 16.00 Uhr (Zeit des üblichen Schulbetriebs) gilt dann vor der Evangelischen Grundschule Babelsberg für alle Verkehrsteilnehmer Tempo 30.

Wollen Sie den „Kommunismus"?

Sagen Sie doch nicht einfach Nein oder Ja – fragen Sie doch lieber erstmal, wie er denn aussehen soll! Klischees gibt es genug. Haben wir genug Alternativen zum heutigen Einheitsbrei Markt-Markt-Markt über alles durchdacht? Der „Realsozialismus" hat nicht wunschgemäß funktioniert. Was ist heute anders? Unsere „Produktivkräfte"? Vielleicht verlangten sie inzwischen „Kommunismus" und wir merken es nicht, sehen nur ihre privatkapitalistische Pervertierung?

Eigentlich stammt die Titelidee für das Buch „Gemeinschaft der Glückssüchtigen" vom Feldprediger der Nation, diesem Herrn Gauck, den aufregt, dass die gewöhnlichen Bürger einfach nur süchtig nach Glück sind anstatt ihre Knochen weltweit für deutsches Kapital zu Markte zu tragen. Das Buch hält fest, dass dieses Streben nach persönlichem Glück, nach Befriedigung der persönlichen Bedürfnisse, dass urtümlichste menschliche ist und leitet her, dass eine „kommunistische" Gesellschaft diejenige wäre, die dieses Glücksbedürfnis am besten absichern kann. Es beschreibt also nicht nur die „Utopie" im Sinne einer Gesellschaft, wie sie noch nicht ist, sondern versucht historisch und dialektisch herzuleiten, warum sie „funktionieren kann". Dabei geht es nicht um einen Disput zwischen Wissenschaftlern, sondern der normale Mensch sollte ein neues Bild über eine wünschenswerte und erreichbare Zukunft bekommen – eine extrem individualistische Welt mit Bedingungen, unter denen Arbeiten Spaß machen kann, in der Mitbestimmung der Entwicklung der Lebensumwelt durch den einzelnen Menschen keine Politikerlosung ist, sondern in der sie konkret erlebbar ist.

Der Autor stellt sich und seine Ideen der Diskussion ...

-red.

„Gemeinschaft der Glückssüchtigen" von Slov ant Gali, ISBN 9783955140090. (Bezugsquellen siehe glücks-net.de) Das Buch gegen die Macht des Geldes kostet 13,50 Euro. Auf Wunsch erhält man ein vom Autoren signiertes Exemplar (frieden@slovantgali.de).

Gemeinschaftsschule bald auch in Brandenburg?

Am 15.10. lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Potsdam zum 5. bildungspolitischen Dialog „Die Gemeinschaftsschule – ein zukunftsfähiges Modell für Brandenburg?“. 30 Menschen folgten der Einladung, sicherlich auch um Petra Linderoos´ Erfahrungen von der Universität Jyväskylä in Finnland zu lauschen. Sie stellte das finnische Gemeinschaftsschulsystem vor, das vor allem auf einer Lern- statt Schulpflicht und auf Vertrauen und Gelassenheit beruht. „Unterricht und Lernen ist wie das Angebot einer Festtafel – nur nehmen muss sich jeder selbst“, so Linderoos. Für mehr selbstständiges Lernen trat auch die Kreisvorsitzende der LINKEN in Dahme-Spreewald und ehemalige Lehrerin Jutta Vogel ein. Zugang hierfür schafft vor allem die Stärkung der Lesekompetenz. Den ersten überaus positiven Evaluationsbericht des Pilotprojektes in Berlin stellte Ulrich Vieluff vor, wobei er aber auch deutlich machte, dass eine gelingende Gemeinschaftsschule immer zu allen Abschlüssen führen muss. Hervorstechend ist jedoch, dass der sozioökonomische Hintergrund nicht mehr in direktem Zusammenhang mit dem Bildungserfolg steht.

Auf dem großen Abschlusspodium mit Petra Linderoos, Gerrit Große (Vizepräsidentin des Landtags und bildungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.), Günther Fuchs (Vorsitzender GEW Brandenburg) und Wolfgang Seelbach (Sprecher Landeselternrat Brandenburg) waren sich dann alle einig: Man muss das demografische Echo nutzen, um gute Rahmenbedingungen zu schaffen, sonst wird die Einführung der Gemeinschaftsschule misslingen. Zudem muss die Umwandlung von den Schulen selbst ausgehen – die Politik kann nur Angebote machen.

Tina Lange (OV. Potsdam-West)

Gut vernetzt in Potsdam-West



Sie wollen zu den Kommunalwahlen 2014 in Potsdam-West kandidieren.



Steffen Kludt sprach zur Rosa-Luxemburg-Stiftung.

„Das Wahlergebnis der Bundestagswahl ist kein Anlass für ungeteilte Freude – aber auch kein Gerund, den Kopf in den Sand zu stecken“, mit diesem Zitat von Stefan Wollenberg begann OV-Vorsitzender Ronny Besancon die insgesamt gut besuchte Mitgliedervollversammlung des OV Potsdam West am 22. Oktober. Und er konnte – wie auch Norbert Müller - daran anschließend seinen vielfachen Dank an alle „Netzwerke“ in den Basisorganisationen für ihre Wahlkampfunterstützung loswerden. Trotzdem legte er mit Blick auf das kommende Wahljahr 2014 den Finger in die offene Wunde: „Wir müssen in den kommenden Monaten ein Kernteam aufbauen für den Wahlkampf.“ Er setzt dabei auf die GenossInnen, die sich bereits für eine Kommunalwahl-Kandidatur entschieden haben. Und er spricht auch ältere, erfahrene GenossInnen an, sich mit ihren Erfahrungen konstruktiv einzubringen.

Zurückblickend auf das eine Jahr seit der OV-Vorstandswahl konnte Ronny Besancon doch auf einige Erfolge verweisen. So hat sich über Dr. Karin Schröter die Zusammenarbeit mit der Stadtfraktion DIE LINKE wesentlich effektiver gestaltet. „Langsam aber sicher“ gelingt auch eine Vernetzung mit den Bürgerinitiativen und Vereinen in Potsdam-West. Wolfgang Preller ist z. B. im Verein Brandenburger Vorstadt aktiv. Norbert Müller und Tina Lange stehen für Kontakte zum Verein „Westkurve“. Ein gutes Zeichen ist auch die Anwesenheit vom Geschäftsführer des Stadtteilnetzwerks Potsdam-West, Daniel Zeller, der die Gelegenheit nutzte, die Aktivitäten des Netzwerkes vorzustellen. „Es ist ein großes Glück in einem Stadtteil mit so vielen engagierten Menschen zu wirken“, betonte Zeller. In diesem Zusammenhang hob Ronny Besancon hervor, dass „besondere politische Herausforderungen das Willkommen-heißen der Flüchtlinge in der Haeckelstraße und die Eröffnung des Stadtteilhauses ‚Scholle 34‘ darstellen werden“.


Die Mitgliedervollversammlung.

Als weiteren Gast konnte Ronny Besancon den Vorsitzenden der Rosa-Luxemburg-Stiftung des Landes Brandenburg, Steffen Kludt, begrüßen. Dieser nutzte seinen Gastvortrag um die gegenseitige Wirkweise der Partei DIE LINKE und der parteinahen Stiftung eingehend zu erläutern.

-bm

„Tag der Ortsteile“ in Groß Glienicke



Am 26. Oktober 2003 wurde es offiziell vollzogen: Das Stadtgebiet Potsdams vergrößerte sich um Fahrland, Golm, Groß Glienicke, Marquardt, Neu Fahrland, Satzkorn und Uetz-Paaren. Anlass genug für eine kommunalpolitische Bestandsaufnahme am „Tag der Ortsteile“ am 26. Oktober 2013 in der Aula der Grundschule in Groß Glienicke. Neben BürgerInnen aus den Ortsteilen waren der Oberbürgermeister, Stadtverordnete und natürlich Ortsvorsteher dabei.

„Potsdams ländlicher Raum“ – so lautete der Titel einer Bilderschau aus den Ortsteilen, die sich in der Schule präsentierten. Weiter stellten sie sich an Informationsständen vor, Kaffee und Kuchen sollten die Atmosphäre wohl „auflockern“...

Doch das stand nicht im Mittelpunkt. An diesem Tage wurden vielmehr solche Fragen aufgeworfen und diskutiert wie

- Brauchen die Ortsteile mehr Mitbestimmungsrechte?
- Welche Investititionen sind in den einzelnen Ortsteilen nötig?
- Wie funktioniert die Kommunikation zwischen Stadtverwaltung und den Bürgern?
- Sind die BürgerInnen durch ihren Ortsbeirat in der Stadt gut vertreten?

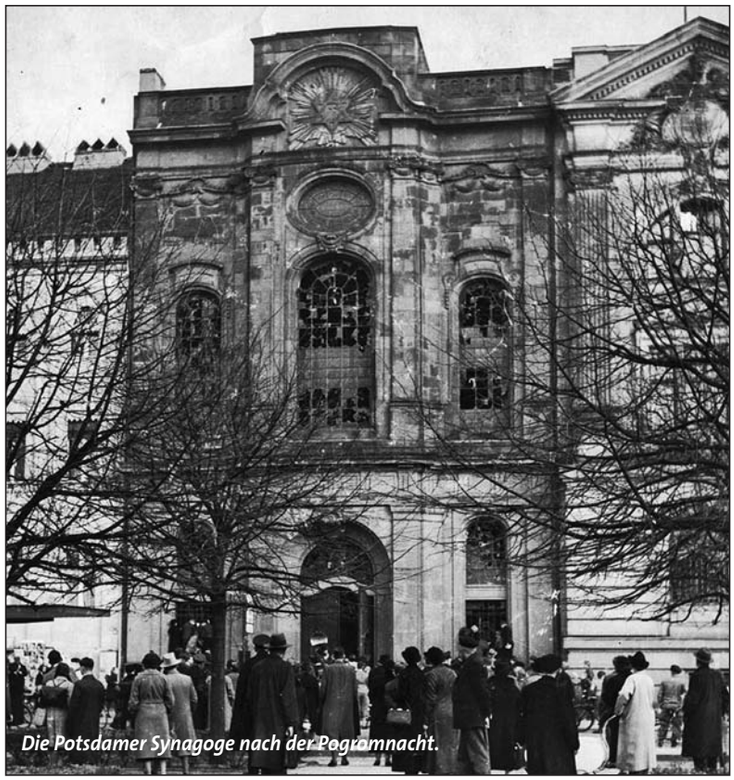
Diese und weitere Fragen und Problemkreise wurden diskutiert. Und Oberbürgermeister Jann Jakobs musste sich einige über 10 Jahre anhaltende Querelen anhören. Viele sind der Meinung, dass die besonderen Bedingungen des ländlichen Raumes der Großstadt Potsdam im Stadthaus noch immer nicht begriffen werden. Wie kann man verhindern, dass die Ortsteile vernachlässigt werden? Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg wies darauf hin, dass DIE LINKE per Antrag in der SVV gefordert habe, dass die Ortsbeiräte Rede- und Antragsrecht erhalten sollten. Leider wurde dem bis dato nicht entsprochen. Und Scharfenberg erinnerte an den noch immer ausstehenden (und 2012 beschlossenen) Masterplan. „Wir bleiben dran“, so der Fraktionsvorsitzende.

9. November
heißt erinnern und mahnen

Der 9.November darf für uns nicht nur ein Tag sein, der uns die Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderung vor Augen führt. Der 9. November ist auch Symbol für die Barbarei. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden überall in Deutschland jüdische Einrichtungen, Synagogen und Menschen angegriffen. Staatlich gelenkte Pogrome unter massiver freiwilliger Beteiligung der deutschen Bevölkerung gaben einen Ausblick auf die Schrecken des Holocaust und des Krieges, die noch kommen sollten. Doch dieser Tag war nicht der Anfang von Erniedrigung und Diskriminierung. Schon kurz nach der Machtübernahme 1933 durch die Nazis wurden Gesetze in Deutschland erlassen, die erlaubten, Menschen jüdischen Glaubens oder Menschen, die durch die so genannte „Rassenlehre“ zu Juden deklariert wurden, auszugrenzen, zu bestehlen und zu demütigen. Die Pogrome kennzeichnen den Übergang von der Diskriminierung zur systematischen Verfolgung, die zum Holocaust führte, also dem Mord an 6 Mio. Menschen, die das nationalsozialistische Regime als Juden bezeichnete.

Der Hass damals kam schleichend, doch nicht versteckt. Offen wurde schon seit Jahren die Minderwertigkeit von Menschen als Tatsache propagiert. So ist das Mitwirken an den Übergriffen oder Wegschauen aufgrund einer fehlenden Empörung der breiten Bevölkerung nicht verwunderlich, aber umso trauriger.

Erinnern an den 9. November 1938 muss für uns auch heißen die weiteren Folgen zu benennen. Nichts darf verharmlost, nichts verklärt werden: Es war ein Massenmord an Millionen von Menschen in einer Maschinerie der Konzentrations- und Vernichtungslager, durch Beihilfe von Einheiten der Wehrmacht, Polizei und SS, aber auch der „normalen Bevölkerung“.


Die Potsdamer Synagoge nach der Pogromnacht.

Ebenso muss das Wegschauen, das „Nichts-gewusst-haben-wollen“, benannt werden. Denn damit fängt es an. Wenn wir zulassen, dass heute wieder Menschen beschimpft, herabgewürdigt, geschlagen oder ermordet werden, haben wir vergessen, was damals passierte. Die Lehre aus der Geschichte muss für uns sein, Widerstand zu leisten!

Seit 1990 sind über 150 Menschen durch neue Nazis allein in Deutschland ermordet worden. Direkt nach der „Wiedervereinigung“ gab es in vielen deutschen Städten Pogrome und alltägliche Gewalt gegen Migrant_innen, jüdische Friedhöfe, Linke oder alternative Jugendliche. Es erfordert all unsere Kraft, das Erinnern aufrecht zu erhalten, Parallelen aufzuzeigen und das Widererstarken der Neonazis zu bekämpfen. Nur eine entschlossene Abwehr von Übergriffen auf Menschen und Projekte und konsequentes Zurückdrängen nazistischer Ideologie mit allen uns möglichen Mitteln sowie der Schutz von Betroffenen können den heutigen Widerstand erfolgreich machen.

Wir müssen weiter wachsam bleiben! Wir dürfen nicht vergessen, was passiert ist! *[a]alp*

„An diesem Ort will ich Frieden geben“

Ab 1748 feierte die kleine Potsdamer Jüdische Gemeinde ihren Gottesdienst in privaten Räumen in der Ebräerstraße. Unter Rabbiner Jechiel Michel baute die Gemeinde 1767 ihre Synagoge an zentraler Stelle an der Plantage Nr. 1 (heute: Platz der Einheit Nr. 1). An das erworbene Wohnhaus des Juden Moses Liepmann wurde der Synagogenraum angefügt. Friedrich der Große soll hierfür die Kosten übernommen haben. Im Dezember 1767 wurde die Synagoge im Beisein von Repräsentanten des Königshauses eingeweiht. 1802 baute die Gemeinde das auf sumpfigem Grund errichtete Gebäude um. Auch hierfür sollen königliche Gelder geflossen sein. Über dem Aron Kodesch (Schrein, in dem die Tora-Rollen aufbewahrt werden) prangten seither der preußische Adler und die Initialen des Königs. Am 17. Juni 1903 weihte die Gemeinde am selben Ort neben der 1900 neu erbauten Hauptpost eine neue Synagoge mit über 300 Plätzen ein. Das Gotteshaus sollte ein Ort des Friedens sein (Haggai 2.9), so predigte es Rabbiner Dr. Robert Kaelter anlässlich der Einweihung. In der Pogromnacht wurde die Synagoge geschändet und die Inneneinrichtung zerschlagen. 1939 musste die Gemeinde das Grundstück samt danebenliegendem Gemeindehaus an die Deutsche Reichspost verkaufen. Nach der Zerstörung durch den Bombenangriff vom 14. April 1945 wurde die Ruine 1955 abgerissen.

Die Landeshauptstadt Potsdam, die Jüdischen Gemeinden und die Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen veranstalten auch in diesem Jahr eine Gedenkstunde am Standort der ehemaligen Synagoge.

Die Gedenkveranstaltung beginnt am 9.11. um 18 Uhr.

Der immanente Antikommunismus
Otto-Wiesner – einen Straßennamen in Potsdam nicht wert?

Dem unbestrittenen Potsdamer Antifaschisten Otto Wiesner wird die Ehrung mit einem Straßennamen durch die Stadtverordneten verwehrt. Dabei war er doch anlässlich seines 95. Geburtstages ins Goldene Buch der Stadt eingetragen worden. Fünf Jahre später war er die Würdigung nicht wert. Wie gehen wir mit für Potsdam bedeutenden Persönlichkeiten um? Welche Maßstäbe werden angelegt, vergleicht man die verweigerte Straßenbenennung für Otto Wiesner mit dem heutigen Stadtbild Potsdams, in dem die „Geschichte der Kriegführer in der Architektur und den Insignien der Macht“ fort lebe, fragte Dr. Wolfram Adolphi bei dem Workshop, zu dem die Rosa-Luxemburg-Stiftung in ihre Geschäftsstelle in der Dortustraße eingeladen hatte.



Das Gutachten, das vom Zentrum für Zeithistorische Forschung zu Otto Wiesner angefertigt wurde, entspreche nicht wissenschaftlichen Anforderungen, sagte Dr. Adolphi. Er vermisse die historische Einordnung der Akten über Wiesners Tätigkeit bei der Parteikontrollkommission, der nach elf Jahren Inhaftierung in Zuchthaus und Konzentrationslagern in seine Heimatstadt zurückgekehrt und öffentlich als Antifaschist aufgetreten war, in der es genügend Bewohner gab, die es gut gefunden hatten, dass er im KZ gesessen hatte. Der in der Bundesrepublik Deutschland seit ihrer Gründung immanente Antikommunismus werde auch hier und heute deutlich, stellte das Auditorium fest. Gerade darum müsse die Auseinandersetzung weiter geführt werden, nicht vordergründig um eine Ikonisierung in einem Straßennamen, sondern um die Bewahrung des Erbes solcher Persönlichkeiten wie Otto Wiesner. Dass es solche jungen Menschen wie den Studenten Marcus Pilarski gibt, für den die erste Begegnung mit Otto Wiesner prägend geworden ist und der heute in der VVN/BdA arbeitet, mag dabei hoffnungsvoll stimmen.

Die Autorin des Wiesner-Gutachtens übrigens hatte auf die Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung nicht reagiert.

rd

Ständige Ausstellung zur Potsdamer Stadtgeschichte

Am 22. September 2013 eröffnete das Potsdam Museum - Forum für Kunst und Geschichte im Alten Rathaus seine neue ständige Ausstellung mit dem Titel „Potsdam. Eine Stadt macht Geschichte". Die Ausstellung erstreckt sich über das gesamte erste Obergeschoss auf einer Fläche von circa 800 Quadratmeter. Gut 500 Objekte werden in elf thematischen Modulen präsentiert. Anliegen ist es, die Besonderheiten Potsdams herauszuarbeiten und das städtische Selbstbewusstsein zu stärken.

Das Ausstellungskonzept verfolgt keine streng chronologische Erzählung, sondern greift wesentliche Themenbereiche heraus und erläutert diese in ihrer immanenten Entwicklung über größere Zeitabschnitte, um langfristige Entwicklungslinien zu verdeutlichen. Dennoch zieht sich eine lokkere Chronologie durch den Ausstellungsaufbau.

Potsdam wird 993 erstmals erwähnt und bleibt im Mittelalter ein eher unbedeutender Flecken der Mark Brandenburg, bis es 1660 unter dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm den Status einer Residenz erhält. Diesen führt die Stadt bis zum Ende der Monarchie 1918. Die Ausstellung arbeitet den Residenzcharakter als bis heute prägendes Element heraus und setzt ihn mit den stadtgeschichtlichen Entwicklungen in Verbindung.



Potsdamer Stadtansicht 1871.

Neben den Herrschern spielt das Militär eine herausgehobene Rolle, seit Potsdam mit der Verlegung der Leibgarde König Friedrich Wilhelms I. 1713 Garnison wird. Die dauerhafte und umfassende Präsenz des Militärs bis 1994 hat die Stadt über nahezu drei Jahrhunderte nachhaltig geprägt.

Potsdam verfügt seit dem von Kurfürst Friedrich Wilhelm im 17. Jahrhundert erlassenen „Edikt von Potsdam" über internationale Bezüge.

Im Vergleich zu anderen deutschen Städten beginnt die Ausformung einer eigenständigen Bürgerlichkeit in Potsdam eher spät und bleibt oft im Einfluss von König und Kaiser gefangen. Sie schafft sich aber auch immer wieder Räume für eigenständige Entwicklungen jenseits konservativ-behäbiger Milieus, die in der Ausstellung akzentuiert werden. Ein eigener Raum widmet sich dem fotografischen Blick auf Potsdam von den Anfängen der Fotografie bis in die Gegenwart.

Dem 20. Jahrhundert nähern sich zwei Module, wobei eines sich auf die künstlerischen und architektonischen Strömungen von 1900 bis 1936 konzentriert und Potsdams Schwanken zwischen Moderne und Behäbigkeit verdeutlicht. Das andere Modul beschäftigt sich mit dem Faschismus und der DDR-Zeit und beleuchtet den Alltag ebenso wie besondere Begebenheiten, die Potsdam in den Blick der Weltöffentlichkeit treten lassen. Die Ausstellung endet mit zeitgenössischen Interviews zur Gegenwart Potsdams als Landeshauptstadt.

Die ständige Ausstellung setzt die historischen Exponate ins Zentrum der musealen Präsentation und ergänzt sie durch moderne Medien. Den Besucher erwartet als Auftakt der Ausstellung ein Video mit Interviews von Potsdamerinnen und Potsdamern, darüber hinaus kann er sich in zahlreichen Audio-Stationen über Biografien von Wissenschaftlern, Künstlern und Architekten informieren. Ein Medientisch hält Information zur Wirtschaftsgeschichte und Migration bereit.

Sudoku

6			8	2				7
	2						9	
		4	6			1		
				6		5		9
5			3		8			6
8		6		1				
		5			4	8		
	6						3	
9				8	6			1

Auflösung Oktober

4	3	**6**	2	7	**1**	8	9	5
5	1	9	8	**3**	4	**2**	6	**7**
8	7	**2**	**9**	6	5	3	**4**	1
2	**4**	**5**	3	1	**7**	6	8	9
3	8	1	6	4	9	7	5	**2**
6	9	7	**5**	8	2	**1**	**3**	4
7	**2**	3	4	5	**8**	**9**	1	**6**
9	5	**8**	1	**2**	6	4	7	3
1	6	4	**7**	9	3	**5**	2	8

tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine • tipps & termine

Montag, 04.11.2013, 14.30 Uhr:
Musikalisch-literarische Stunde: „Heitere Klassik – Teil V – Rund um den Walzer". *

Dienstag, 05.11.2013, 14.30 Uhr:
„Afrika Safari - Jambo, Sansibar" (Teil 1) - eine fotografische Reise auf die kleine verträumte Insel im Indischen Ozean. *

Donnerstag, 08.11.2013, 10.00 bis 16.00 Uhr:
Friedensbewegung und Politik in Deutschland aus zeithistorischer Sicht. Erfolge – Erfahrungen – Probleme. Reihe: 15. Friedens- und Militärpolitisches Symposium im Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, Potsdam **

Sonntag, 10.11.2013, 10.00 Uhr:
Frühschoppen „Rathausreport live" im Bürgerhaus Stern*Zeichen, Galileistraße 37/39, Stadtteil Am Stern

Montag, 11.11.2013, 14.30 Uhr:
„Die schönsten Nationalparks - Bodensee, Rhein und Spessart" – eine interessante Reise mit Karl Kreutz. *

Dienstag, 12.11.2013, 14.30 Uhr:
„Flucht nach Moskau - Rückkehr ungewiss". Eine Gesprächsrunde mit dem Stadtverordneten Pete Heuer, der von seinen Forschungen über das verschwiegene Schicksal seines Urgroßvaters berichtet. Anschließend aktuelle Informationen zur Potsdamer Kommunalpolitik. *

Dienstag, 12.11.2013, 18.00 Uhr:
Gebrauchswert Medien: Vergessen Sie die Tagesschau – nüchterne Betrachtung sieht anders aus. **

Donnerstag, 14.11.2013, 18.45 Uhr:
Slov ant Gali liest aus seinem Buch „Gemeinschaft der Glückseligen" in der Fritz-Teppich-Bilbliothek, FreiLand.

Donnerstag, 14.11.2013, 18.00 Uhr:
Beratung der BO-Vorsitzenden und Dankesveranstaltung in der Alleestraße 3, Haus der LINKEN.

Freitag, 15.11.2013, 08.00 – 12.00 Uhr:
Ausgabe „Rathausreport" Nr. 7/2013 im Stadthaus, Raum 3.107 (vom 15. bis 20. November 2013).

Freitag, 15.11.2013, ab 10.00 Uhr:
Info-Stände in den Stadtteilen

Sonnabend,16.11.2013, ab 10.00 Uhr:
Info-Stände in den Stadtteilen

Montag, 18.11.2013, 14.30 Uhr:
„Afrika Safari - Jambo, Sansibar" (Teil 2). *

Dienstag, 19.11.2013, 14.30 Uhr:
„Spiel mir eine alte Melodie ..." –die schönsten Schlager zum Raten und Wünschen mit Gerald Meister. *

Dienstag, 19.11.12013, 18.00 Uhr:
Buchvorstellung: Bisky im neuen Deutschland. **

Mittwoch, 20.11.2013, 18.00 Uhr:
DIE LINKE und die Garnisonkirche - Öffentliche Diskussionsveranstaltung in der Alleestraße 3.

Montag, 25.11.2013, 14.00 Uhr:
„Madeira" - Dr. Stephan Worseck und seine Frau auf einer Inselrundreise. *

Dienstag, 26.11.2013, 14.30 Uhr:
„Eine Reise in Bildern - Potsdam und seine Schlösser". Vortrags- und Gesprächsreihe mit Dr. Herbert Schlomm aus Zentrum-Ost. *

Freitag, 29.11.2013, 19.00 Uhr:
„UNBEKANNT VERZOGEN – Berlin". Rock-Poeten mit Patti Heidrich (Gesang). STERN*Kabarett – Kleinkunst bietet einen vergnüglichen Abend im STERN*Zeichen, Galileistr. 37 – 39

Sonnabend, 30.11.2013, 19.00 Uhr:
Die Fritz-Teppich-Bibliothek eröffnet die Ausstellung „Baskische Plakate" im Jugendcafe, FreiLand

Sonnabend, 30.11.2013, 14.00 Uhr:
Stunde der Musik: „Klassik im Konzert – Weihnachtsmelodien zum Zuhören und Träumen" - ein Livekonzert der besonderen Art mit dem Klarinetten-Quartett „Sanssouci" unter Leitung von Siegfried Kerber. *

Montag, 02.12.2013, 14.30 Uhr:
„Istanbul - Stadt auf zwei Kontinenten" - ein fotografischer Spaziergang durch Istanbul mit Walter Heller. *

* Seniorentreff der Dahlweid-Stiftung, Edisonallee Zentrum Ost
** Rosa-Luxemburg-Stiftung, Dortustr. 53